

Martin Schürz

Marginalien zu guten Vermögenden und bösen Reichen

Commons stellen nicht nur die Frage nach dem Zugang zu Ressourcen, sondern auch nach den Regeln, nach denen sie verteilt werden. Über Begründung und Legitimierung von Reichtum.

Im 4. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht 2013 werden dem Reichtum etwa 20 Seiten gewidmet. Dies ist angesichts einer voluminösen Publikation von über 400 Seiten recht wenig. Kritische Kommentator_innen in Deutschland merkten dies auch an und beanstandeten etwa, dass die Diagnose von einer „sehr ungleichen Verteilung der Privatvermögen“ im Text nach hinten auf Seite 343 gerückt wurde. Hingegen hat sich bislang noch kaum jemand mit dem Inhalt der wenigen Seiten zum Reichtum auseinandergesetzt. Interessanterweise ist es nicht der Reichtum selbst, sondern die Legitimation von Reichtum, welche im Zentrum der Argumentation steht.

Der deutsche Soziologe Max Weber hatte 1920 in seiner Religionssoziologie geschrieben: „*Der Glückliche begnügt sich selten mit der Tatsache des Besitzes seines Glückes. Er hat darüber hinaus das Bedürfnis auch noch ein Recht darauf zu haben. Er will überzeugt sein, dass er es auch verdiene; vor allem im Vergleich mit anderen verdiene*“ (Weber 1920: 242).

Glückliche Menschen könnten leicht davon überzeugt sein, dass gerade sie es verdienen, glücklich zu sein. Denn Glück mag mit Temperament, Lebenszufällen, Einstellungen oder materiellen Faktoren zu tun haben. Jedenfalls sind die Glücklichen selten Ursache des Unglücks anderer. Reiche Menschen tun sich schwerer. Sie müssen ihren Reichtum angesichts von Armut rechtfertigen. Und jeder Anspruch auf Güter oder Freiheiten muss allgemein begründet werden (vgl. Forst 2007), denn jedes Mitglied der Gesellschaft hat ein grundlegendes Recht auf Rechtfertigungen. In der Rechtfertigung müssen angemessene Gründe für Gerechtigkeitsnormen angegeben werden. Reiche schulden den Armen grundsätzlich eine Rechtfertigung, inwiefern die bestehenden Verhältnisse legitim sein sollen. Dieser philosophische Ansatz einer konstruktivistischen Gerechtigkeits-theorie hat für eine gesellschaftspolitische Ungleichheitsdebatte folgenden Vorteil: Er stellt die institutionellen Mechanismen, welche Ungleichheit legitimieren, zur Disposition und diskutiert nicht nur die Ungleichheit von Ressourcen. Im Kapitalismus wird dem Wert der Leistung eine hohe Bedeutung beigemessen. Leistung und nicht ständische Privilegien sollen soziale Unterschiede erklären. Daher wird ein über Leistung begründeter Reichtum eher akzeptiert werden. Wenn die meisten Menschen extrem viel leisten, sich aber kaum etwas leisten können, während wenige leistungsfreie Vermögen beziehen, könnten andere Begründungen bei der Verteidigung des ungleichen gesellschaftlichen Status quo wichtiger werden (siehe Priddat 2012 für einen historischen Überblick).

Abwehr von Legitimationsnotwendigkeiten bei Reichtum

Über Reichtum wisse man nichts, über Reichtum könne man nichts wissen und daraus folge, dass man über Reichtum nur unwissend neiderfüllt oder böseartig klassenkämpferisch sprechen könne. So wenigstens scheint es, wenn man den medialen und politischen Apologeten der Reichen glaubt. Das fehlende Wissen zu Reichtum wird als *brutum factum* betrachtet und nicht als logische Konsequenz von ökonomischer Macht: Defätistisch wird geschmunzelt, dass wir mehr über Obstbäume in Österreich als über die Vermögensverhältnisse wissen. Reichtum ist eine soziale Kategorie. Sie hängt noch stärker von sozialen Definitionsprozessen ab als Armut. Bei Armut gibt es eine objektive physische Grenze des Existenzminimums. Bei Reichtum ist diese Schranke nicht vorhanden. Deswegen wird viel debattiert, wo Reichtum beginnt und nicht, wo er endet.

Es werden Millionär_innen und Milliardär_innen gezählt. Die Veränderungen, d. h. ob es etwa 1.000 Reiche weniger in China und 100 Milliardär_innen mehr in den USA gibt, besagen jedoch allein noch nichts über die Vermögensverteilung in einer Gesellschaft. Forscher_innen und Medien, welche den Fokus allein auf die Gruppe der Vermögenden richten, nehmen gleichsam eine Binnenperspektive auf Reiche ein. Aus Gerechtigkeitsperspektive interessiert aber, wie viele Arme es zur selben Zeit gibt. Denn Reichtum findet sich stets neben Armut.

Armut meint Einkommensarmut und Reichtum bezeichnet primär Vermögensreichtum. Das Konzept der relativen Armut wird von konservativer Seite gerne anschaulich am Erwerbseinkommen relativiert: „Eine vierköpfige Familie rutscht ins Armutsrisiko, wenn sie weniger als 1.735 Euro monatlich verdient. Es ist eine Summe, mit der man in weiten Teilen Afrikas das Zeug zum Stammesfürsten hätte“, hieß es vor Kurzem in der deutschen Zeitschrift „Der Spiegel“. Demnach wäre Armut in Europa weniger schlimm als in Afrika.

Beim Vermögen zielt die Relativierung aber in die andere Richtung: Mit dem bisschen an Vermögen sei man doch noch nicht reich. Der Wald mache nur Kosten, in der Immobilie müsse man ja wohnen und überhaupt, wer wisse schon, was das Privateigentum morgen noch wert sei. Einkommensverteilungsfragen prägen Debatten zur Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit. Vermögensverteilungsfragen verdrängen Einkommensverteilungsfragen, wenn es um Macht, Status und Sicherheit geht.

Armut endet im Tod, dynastischer Reichtum hört dort nicht auf. Vermögen wird vererbt und sichert die soziale Reproduktion. Ein materielles immer Mehr über Generationen ist möglich.

Erste Voraussetzung für Legitimationsnotwendigkeiten beim Reichtum ist demnach, dass Reiche eine Zuschreibung des Reichseins überhaupt akzeptieren. Zuerst muss Privateigentum Personen zugerechnet werden, bevor die Frage nach der Legitimität gestellt wird. Gelingt dies nicht und wird der eigene Reichtum beharrlich geleugnet, d. h. wird behauptet, man sei ja gar nicht reich, sondern bestenfalls ein wenig wohlhabend, dann muss auch nicht legitimiert werden. Im diesem – für Reiche günstigen – Fall liegt die Begründungslast dann bei den Vermögensforscher_innen und den Befürworter_innen einer Vermögenssteuer. Diese müssen ihre hehre Motivation belegen und einen Neidfreiheitstest bestehen.

Der Fokus bei medialen Diskussionen zu Reichtum liegt auf Folgendem: Wer ist überhaupt reich? Statistische Fragen der Vermögensmessung dienen oft als Ersatzschauplatz für gesellschaftspolitische Debatten. Wo sie die Basis von Gerechtigkeitsdebatten bilden sollten, sind sie in Wirklichkeit oft nur deren karges Substitut. Als gälte nicht ohnedies, dass man Reiche ähnlich Giraffen erkennen kann, wenn man ihrer nur ansichtig wird. Gerne wird zu Fragen à la „Sind Millionär_innen bereits reich?“ fabuliert.

Wirtschaftspolitischer Spin zum Privateigentum

Faktum in der Vermögensverteilung ist: Die Mehrheit der Haushalte hat fast kein Vermögen. In den USA betrug der Anteil der unteren Hälfte am gesamten Vermögen nur 2,5 Prozent (2007) und sank in der Krise auf 1,5 Prozent (2009). Privates Vermögen wäre demnach nur das Thema einer reichen Minderheit. Doch so einfach ist es nicht: Wirtschaftspolitisch versuchen Konservative, Privatvermögen über einen ideologischen Eigentumsgesellschaftsansatz zu einem Thema aller zu machen. Erst jüngst schlug der Chef der Wiener Volkspartei vor, Gemeindewohnungen zu privatisieren, d. h. sie an ihre Mieter_innen zu verkaufen. Damit wird an bürgerliche Wohnungsreformvorstellungen aus dem 19. Jahrhundert angeknüpft. Wie Friedrich Engels 1887 in „Zur Wohnungsfrage“ schrieb, die Kleinbürgerschaft schwärmt für hausbesitzende Arbeiter. Und Eigentümsträume können Privatvermögen zu einer Angelegenheit fast aller machen. Der Glaube, dass die Zukunft glänzender oder wenigstens ein bisschen besser sein wird als die Gegenwart, trägt diese Tagträume. Das Konzept einer Eigentümer_innengesellschaft ist verankert in der Idee des Privateigentums. Dem Ziel des Privateigentums können und sollen alle huldigen. Tun sie dies nicht, ist ihre Situation schlicht noch nicht aussichtslos genug; sie vertrauen noch auf einen Sozialstaat, der ihnen in Krisen hilft. Erst in der Alternativlosigkeit wird der private Vermögensaufbau unabdingbar. Hilfreich für diesen Ansatz ist eine budgetäre Notsituation, welche den Sozialstaat tatsächlich so einschränkt, dass nur noch weiterer Sozialabbau und Privatisierungen als Lösungen erscheinen können. In der Krise wird ein unverbrüchlich elitensolidarischer Staat in seiner nach unten umverteilenden Fähigkeit massiv geschwächt. Schlussendlich fehlt Geld für öffentliche Leistungen (Sozialausgaben, Bildung, Gesundheit) und der Sparappell an die Bevölkerung wird zur Ultima Ratio.

Der Sozialstaat ist elementar für die Milderung von Armut und für die Förderung fehlender Teilhabe. Er stärkt ärmere Menschen, deckt deren Grundbedürfnisse ab und versucht deren Position auf dem Wohnmarkt weitgehend zu entkoppeln von ihrer Position am Arbeitsmarkt. Seit Längerem wird der Sozialstaat aber nur als teure Gnadenleistung für die Armen verstanden, und diesen öffentlichen Leistungen wird bekanntlich nicht dasselbe Wohlwollen entgegengebracht wie privatem Vermögen. Im Gegenteil, sie werden seit Jahrzehnten radikal zur Disposition gestellt. Die Verteidigung des Sozialstaates bleibt oft abstrakt. Insinuiert wird, dass die Hilfe für die Armen ohnedies allen helfe. Hingegen ist die Verteidigung der Interessen der Vermögenden – etwa durch Steuerberater_innen, Notar_innen, Rechtsanwält_innen und Interessenvertretungen – konkret. Nüchterne Interessenverfolgung der Reichen und nebelige Legitimation des Reichtums koinzidieren. Eine gesellschaftspolitische Konzeption, die sich mit einer paternalistischen Armenfürsorge begnügt, wird der rechtlichen und politischen Bevorzugung der Vermögenden in der Gesellschaft wenig entgegenhalten können. Wohltätige Vermögende (siehe Kapitel 4) und ein gesellschaftspolitisches Eigentümer_innengesellschaftskonzept werden in einem solch defätistischen Umfeld an Auftrieb gewinnen.

Probleme bei der Messung privaten Vermögens

Privates Vermögen ist stets in Wechselbeziehung zu öffentlichen Leistungen zu sehen. Allein die absolute Höhe der privaten Vermögenswerte ist nicht aussagekräftig. Es muss geklärt werden, wofür diese dienen sollen (Bildung, Gesundheit, Pension). Notwendig für eine gesellschaftliche Vermögensbetrachtung sind Untersuchungen von privatem und öffentlichem Vermögen. Denn letztlich muss ja auch öffentliches Vermögen Menschen zugerechnet werden. Statistisch existiert dafür bislang aber kein konzeptueller Rahmen.

Soziale Wohnbauten stellen eine Alternative zu privatem Immobilieneigentum dar. In Wien etwa gibt es einen deutlich höheren Anteil an Mieter_innen, insbesondere in Genossenschafts- und Gemeindewohnungen. Eine beträchtliche Zahl von Menschen in Wien verfügt über wenig Privatvermögen, dafür haben sie aber billige Wohnmöglichkeiten. Privates Vermögen an sich könnte für viele Menschen relativ uninteressant sein. Ein funktionierender Wohlfahrtsstaat, ein effektives Gesundheitssystem, Vollbeschäftigung und eine hinreichend gut be-

zahlte und sichere Arbeit sind die entscheidenden Eckpfeiler für soziale Sicherheit. Vermögen wird für zahlreiche Menschen erst wichtig, wenn diese Säulen nicht tragen. Wer zum Pflegefall wird oder wer seine Arbeit verliert, braucht besondere Unterstützung. Bei Armen kann die notwendige Reserve jedenfalls nicht aus privater Vorsorge kommen, da das niedrige Einkommen die Sparfähigkeit begrenzt. Erst in der Mitte erfüllt das Sparen – nachgelagert in Form der Kreditrückzahlung für den Immobilienerwerb – eine bescheidene Vorsorgefunktion. Und bei den Reichen passiert das Sparen gleichsam zwangsläufig aus den nicht konsumierten Vermögenserträgen.

Soziale Statusvergleiche laufen oft über privates Eigentum. Hierbei ist zu unterscheiden: Finanzvermögen ist im Gegensatz zu Immobilienvermögen weitgehend unsichtbar. Die Aktien müssen erst etwas abwerfen. Mutter Bennet in Jane Austens berühmten Roman „Stolz und Vorurteil“ jubelt nicht über den Reichtum des Schwiegersohns Darcy an sich, sondern über die 10.000 Pfund jährlich an Einkommen, die dessen Vermögen verspricht. Dies sichert Juwelengeschenke und einen hohen Lebensstandard. Beim Immobilienvermögen ist der Nutzen für den gesellschaftlichen Status direkter sichtbar. Auch heute, in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, wird gerade durch das Eigenheim soziale Distinktion demonstriert. Der soziale Status von Gemeindebaumieter_innen liegt beträchtlich unter jenem von Eigentümer_innen. Das Eigenheim symbolisiert Unabhängigkeit und Sicherheit. Man lebt nicht *im Bau*, sondern *das eigene Haus* zeigt die eigene superiore soziale Stellung.

Und weit oben in der sozialen Hierarchie eröffnet Vermögen selbstreferenzielle Vorstellungswelten. Die Nutzung des Vermögens verweist nur noch auf das Vermögen. Die livrierte Dienerschaft vor dem Haus, zeigte Thorstein Veblen in seiner „Theorie der feinen Leute“ von 1900, hat keine andere Funktion, als den Überfluss des Vermögens der Hauseigentümer_innen zu demonstrieren.

Legitimationsmöglichkeiten von Reichtum

Ein unzureichender Versuch der Legitimierung stellt auf die individuelle Lebensweise der Reichen ab. Manche Reiche bevorzugen ostentative Bescheidenheit. Als ein Beispiel mag der ehemalige Rennfahrer Niki Lauda dienen: „Den einzigen Luxus, den ich mir leiste, ist ein Privatflugzeug“ (Lauda am 14. Juni 2013 in „Die Presse“). Nur, das Ausgabeverhalten ist dem Einkommen jeden-

falls nachgeordnet. Leben Reiche bescheiden, werden sie sogar noch reicher. Bei Reichen geht es ja um die Möglichkeiten ihres Vermögens. Arme haben jedenfalls wenig davon, dass manche Reiche einen asketischen Lebensstil bevorzugen. Individuelle Konsumvorlieben tangieren das Ungleichheits- und Ungerechtigkeits-thema nur am Rande.

Und auch wenn die Reichtumsentstehung im Rahmen der nationalen Gesetze erfolgte, beantwortet die Legalität des erworbenen Vermögens noch nicht die Frage der Legitimität. Legal erworbenes Vermögen ist noch kein legitimes Vermögen. Elitistische Varianten der Begründung von Reichtum konzentrieren sich daher seit Langem auf die Frage nach einer sinnvollen Verwendung des Reichtums (siehe Andrew Carnegie 1889). Und genau bei dieser Gemeinschaftsthematik setzt auch der 4. deutsche Armuts- und Reichtumsbericht an. Ohne Legitimation bleibt materieller Reichtum schlicht ein ungerechtfertigtes Privileg. Erst in gelingenden, d. h. sozial akzeptierten, Reichtumsbegründungen könnten Reiche ihre Privilegien in berechnete gesellschaftliche Sonderstellungen zu wandeln versuchen. Ein legitimer Reichtum müsste von allen Mitgliedern der Gesellschaft akzeptiert werden. Die Armen würden den Reichen nichts neiden und gemeinsam mit ihnen die grundlegende Frage, in welcher Gesellschaft sie leben wollen und wie die sozialen Beziehungen darin geregelt sein sollen, zu beantworten suchen. Diese abstrakte Idee hat aber nichts mit einer machtungleichen Wirklichkeit zu tun, in welcher unlegitimierter Reichtum von Mächtigen verschleiert werden kann.

So eine Verschleierung ist etwa in der Relativierung des eigenen Reichtums zu sehen. Die Vermögenden reihen sich in der Selbstwahrnehmung in der Mitte einer Gesellschaft ein. Dies resultiert vielleicht aus einem Wunsch nach sozialer Anerkennung. Wer in der Mitte steht, muss seinen Reichtum nicht begründen. Nicht die Mitte glaubt demnach irrtümlich, reich zu sein, sondern die Reichen verneinen fälschlich, die Mitte zu bilden. Diese Fehlwahrnehmungen hinsichtlich der eigenen sozialen Positionierung in der Gesellschaft wurden in einer repräsentativen Haushaltserhebung jüngst für Österreich belegt (vgl. Fessler 2012 et al.).

Nur Reiche, die ihren Reichtum als solchen erkennen und zudem nach sozialer Anerkennung suchen, werden ihre Besserstellung gegenüber anderen begründen. Denn sie mögen nicht, dass man ihnen Immobilien oder Aktienpakete neidet. Sie wollen nicht als *gestopft*, sondern als vermögend in einem umfassen-

den Sinn geschätzt werden. Die Demonstration ihrer *verdienten* Ausnahmestellung gelingt ihnen umso leichter, je eher sie sich mit Kultur vertraut machen und ethische Werte betonen, deren Zweck fürs Geschäft nicht unmittelbar zu erkennen ist. Von entscheidendem Vorteil ist, wenn Güter nur aufgrund bestimmter kognitiver Kompetenzen tatsächlich auch verstanden werden können, wie etwa Musik und Kunstwerke. Diesen Gedankengang von Bourdieu sucht man im deutschen Armuts- und Reichtumsbericht vergeblich. Dafür findet man Wortungetüme zur „Vermögenskultur, einer sinnstiftenden Wertekultur“ (S. 411). In einer ethischen Engführung der wissenschaftlichen Debatte zu Reichtum geht es nur um Belege für die These, dass die Reichen vulgo die Vermögenden liebe Leute seien. Doch wer würde diese Möglichkeit leugnen wollen? Kurt Tucholsky in den 1920er-Jahren sicher nicht, nur zielte seine Analyse über jene des deutschen Armuts- und Reichtumsberichtes 2013 hinaus:

Bürgerliche Wohltätigkeit

Sieh! Da steht das Erholungsheim
einer Aktiengesellschafts-Gruppe;
morgens gibt es Haferschleim
und abends Gerstensuppe.
Und die Arbeiter dürfen auch in den Park ...
Gut. Das ist der Pfennig.
Aber wo ist die Mark?
Sie reichen euch manche Almosen hin
unter christlichen frommen Gebeten;
sie pflegen die leidende Wöchnerin,
denn sie brauchen ja die Proleten.
Sie liefern auch einen Armensarg ...
Das ist der Pfennig. Aber wo ist die Mark –?
Die Mark ist tausend- und tausendfach
in fremde Taschen geflossen;
die Dividende hat mit viel Krach
der Aufsichtsrat beschlossen.
Für euch die Brühe. Für sie das Mark.
Für euch der Pfennig. Für sie die Mark.

Proleten!
Fallt nicht auf den Schwindel rein!
Sie schulden euch mehr als sie geben.
Sie schulden euch alles! Die Länderein,
die Bergwerke und die Wollfärberein ...
sie schulden euch Glück und Leben.
Nimm, was du kriegst. Aber pfeif auf den Quark.
Denk an deine Klasse! Und die macht stark!
Für dich der Pfennig! Für dich die Mark!
Kämpfe –!

Kurt Tucholsky 1929

Legitimatorisch wichtig ist heute, ob die Güte der Reichen staatliche Umverteilung erübrigen soll. Tritt das freiwillige soziale Engagement von Vermögenden neben wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik oder ist es deren zukünftiges Substitut? Das Spendenverhalten der Vermögenden in Deutschland wird im 4. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht 2013 aber nicht in Hinblick auf soziale und inhaltliche Selektivität hinterfragt. Und das gespendete Geld der Reichen wird auch nicht auf Eigeninteressen geprüft, welche von Reputationsgewinnen bis zu PR-Belangen reichen mögen. Auch ob das Engagement tatsächlich Armen zugutekommt oder nur den Interessen privilegierter Gruppen, ist nicht Gegenstand des Berichts.

All diese Fragen wären wissenschaftlich auszuloten. Wenn es jedoch ideologisch nur um die Rehabilitierung der Reichen als Vermögende geht, ist der Verweis auf vermögende Wohltäter_innen allemal hinreichend. „Wenn wir lernen, Reiche von Vermögenden zu unterscheiden, verringert sich die Gefahr oberflächlicher Urteile und mythischer Stereotype“, wird Druyen im 4. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht 2013 (Seite 413) zitiert.

Ruinen der Legitimation des Reichtums

Einkommensunterschiede zwischen Menschen können wenigstens in Ansätzen rational begründet werden (Unterschiede in der Verantwortung, Ausbildung, Anstrengung, Zeitaufwand, Ausdruck gesellschaftlicher Wertschätzung usw.).

Zwar wird sich kein Konsens über den angemessenen Abstand in der Entlohnung zwischen einer Spitalsärztin, einem Bauarbeiter und einem Investmentbanker einstellen, aber die Argumentationen können einander befruchten. Bei der Begründung der gewaltigen Vermögenskonzentration in fast allen Gesellschaften kollabieren Legitimationen über Leistungsunterschiede jedoch vorab. Wenn ein Drittel des Vermögens aus Erbschaften kommt, kann nur noch sinnentleert von Leistung schwadroniert werden.

Vielleicht verkörpert deshalb der ominöse kleine Häuslbauer den meritokratischen Fluchtpunkt bei Vermögensfragen und bleibt in Österreich fast zeitlose Lieblingsreferenz in wirtschaftspolitischen Ideologien. Die manuelle Anstrengung, materialisiert etwa im eigenhändig ausgehobenen Keller, versinnbildlicht ein Leben als existenzielle Strapaze. Nicht zuletzt deswegen wird der kleine Häuslbauer zur emblematischen Lichtfigur Konservativer. Mühsal, Schulden und Konsumaskese kennzeichnen über viele Jahre dessen Dasein. Der eigene Fleiß materialisiert sich im Eigenheim, in welches Ersparnisse und Arbeit gemeinsam eingehen und wo es eine Überschneidungsfläche von zwei Domänen gibt, jener der manuellen Tätigkeit des Proletariats und jener der verzichtenden kleinbürgerlichen Sparlibido. Der Vermögensaufbau bezieht sich aber auf ideelle Werte wie Bodenständigkeit und Sesshaftigkeit und nährt sich scheinbar nicht aus der gesellschaftlich viel weniger respektablen Aktienspekulation. Immobilieneigentümer_in zu werden erfordert von den kleinen Leuten Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Eigenverantwortung und eine langfristige Lebensgestaltung. Der Erwerb eines Eigenheims erzieht folglich zu Sekundärtugenden, welche in ideologisierten Verteilungsdebatten fälschlich beanspruchen, Werte an sich zu sein. Für die Reichen sind Immobilien hingegen insbesondere eine Anlageform, sie sind nicht für eine spätere Nutzung gedacht, sondern dienen als spekulative Kapitalanlage. Damit der Immobilienbereich nicht so ruchbar wird, wie von Zeit zu Zeit die Börse, eignen sich begriffliche Ungetüme wie Vorsorgewohnung. Vorsorge ist ein subtil leistungsangehauchter Terminus und Wohnung eine unbestrittene gesellschaftliche Zwecksetzung. Doch das Eigenheim allein macht noch nicht reich.

Der Politik scheint sowohl die Fähigkeit zu fehlen, auf der Einkommenskala nach unten zu blicken, als auch auf der Vermögensskala nach oben. Daher fehlen ihr die Empathie für das Leid der Armen und der Mut für einen vernünftigen Blick auf den Exzess der Vermögenden.

Arme, die nicht hinreichend für Privateigentum vorsorgen, sind infolgedessen selbst schuld. Und mitschuldig an ihrem fehlenden Elan zu privater Vermögensakkumulation ist ein Sozialstaat, der es ihnen verunmöglicht, eigenverantwortlich zu sein, weil er ihre Sekundärtugenden unterminiert. Das alte reaktionäre Lied vom verfehlten Verhalten ungebildeter Armer verstummt nicht mal in der Krise. Und warum sollte es auch? Mit einer TINA-Logik („there is no alternative“) lässt sich der ideologische Kampf gegen den Sozialstaat gerade in Zeiten enormer privater Vermögenskonzentration erfolgreich führen. Nirgends eine Utopie einer gerechten Gesellschaft, welche wechselseitige Anerkennung ermöglicht.

1931 schrieb Aurel Kolnai: „Während der Mächtige immerhin noch konkret über Menschen Macht hat ... lebt der hochmütige Reiche in der kapitalistischen Gesellschaft, als ob er gar nicht unter Menschen lebte, jedweder persönlichen Verknüpfung bar“ (Kolnai 2008: 94). So weit ist es noch nicht. Bei den Reichen menschelt es sichtbar. Ihre ideologischen Advokaten versuchen, sie zu Vermögenden zu machen: „Der Reiche wird nur Wert auf das Jahresergebnis legen und für ihn ist die Steuervermeidung eine faktisch ernst zu nehmende Möglichkeit. Der Vermögende sieht zwar die Option der legalen Steuervermeidung, verzichtet aber auf sie, weil er sie moralisch für illegitim hält“ (Druyen 2013). Den Armen ist die Möglichkeit, jemals vermögend im Druyenschen Sinn zu werden, verbaut. Bei der Lohnsteuer können sie ja grundsätzlich nichts vermeiden, da diese einfach vom Bruttogehalt abgezogen wird.

In Österreich gibt es immer noch keinen Armuts- und Reichtumsbericht, aber die Legitimationsmuster des Reichtums sind ähnlich jenen in Deutschland. „Wir brauchen die Reichen“, wird der vormalige Leiter des Instituts für Höhere Studien (IHS) Bernhard Felderer jüngst in der Tageszeitung „Kurier“ zitiert. Wichtiger als die unlösbare Frage, wer denn „wir“ sein soll, und die statistisch diffizile Aufgabe, wer denn nun „die“ Reichen sind, ist jene nach dem „brauchen“. Reiche Unternehmer_innen werden so nicht mehr als rationale Nutzenmaximierer_innen betrachtet, sondern als Wohltäter_innen, die in ihrer Zielfunktion statt Profit nun Arbeitsplätze haben. Denn Felderer fordert „Hochachtung für jene, die Arbeitsplätze schaffen“. Hochachtung in einer Gesellschaft nur für jene vorzusehen, die Gewinne anstreben, ist inkonsistent. Achtung ist universell, wir schulden sie jedem und jeder und jede_r schuldet sie uns. Daher verdienen sie wohl auch jene, die manuell arbeiten oder denen

sogar der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird. Mutiert die schlichte Platitüde jedoch zur schrillen Aufforderung, die Reichen zu bewundern, steckt vermutlich Gedankengut des liberalen Ökonomen Ludwig von Mises drin. Dieser schrieb dereinst vom Mut, den Massen zu sagen was ihnen kein Politiker gesagt hat. Ihr seid minderwertig und alle Verbesserungen eurer Situation, die ihr so selbstverständlich hinnehmt, schuldet ihr den Anstrengungen von Männern, die besser sind als ihr“ (zitiert nach Frank 2012: 154).

LITERATUR

- CARNEGIE, ANDREW (1889): The Gospel of Wealth. In: Wall, Joseph Frazier (Hg., 1992): The Andrew Carnegie Reader. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- DRUYEN, THOMAS (2013): Reichtum hat einen Einfluss auf unser Gehirn. In: Aargauer Zeitung, 14. Juni 2013. <http://www.aargauerzeitung.ch/leben/forschung-technik/vermoegensforscher-reichtum-hat-einen-einfluss-auf-unser-gehirn-126727755>, 20.06.2013
- ENGELS, FRIEDRICH (1887): Zur Wohnungsfrage. In: Marx-Engels-Werke Band 18. Berlin: Dietz Verlag. <http://gutenberg.spiegel.de/buch/5094/1>, 10.05.2013.
- FESSLER, PIRMIN/MOOSLECHNER, PETER/SCHÜRZ, MARTIN (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: BMASK (Hg.): Sozialbericht 2011–2012. Wien, 247–266.
- FORST, RAINER (2007): Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FRANK, THOMAS (2012): Arme Milliardäre! Der große Bluff oder Wie die amerikanische Rechte aus der Krise Kapital schlägt. München: Kunstmann Verlag.
- KLAFL, CHRISTINE (2013): Bernhard Felderer: „Wir brauchen die Reichen“. In: Kurier. <http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bernhard-felderer-wir-brauchen-die-reichen/12.003.015/print>, 07.05.2013.
- KOLNAI, AUREL (2007): Ekel, Hochmut Hass. Zur Phänomenologie feindlicher Gefühle. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- PRIDDAT, BIRGER (2012): Wozu reich sein. In: *Lettre International* 98, 11–117.
- SCHÜRZ, MARTIN (2008): Jenseits von Scham und Neid. Zur Macht des Vermögens. In: Vranitzky, Franz (Hg.): *Themen der Zeit II*. Wien: Passage, 361–372.
- TUCHOLSKY, KURT (1929): Bürgerliche Wohltätigkeit. In: *Gedichte und Lieder*. <http://www.textlog.de/tucholsky-buergerliche.html>, 12.05.2013.
- VEBLEN, THORSTEIN (2007): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- WEBER, MAX (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I–III*. Tübingen: Mohr.